



AfD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf
Herrn Oberbürgermeister Dr. Keller

Düsseldorf, den 18. November 2025

Antrag: Verzicht auf geschlechtergerechte Formen des Genders in allen offiziellen Schreiben und Veröffentlichungen der Stadtverwaltung Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit bitte ich Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung für die nächste Ratssitzung am 11.12.2025 zu nehmen und beschließen zu lassen:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt in allen offiziellen Schreiben, Veröffentlichungen, Webseiten, Formularen und sonstigen kommunikativen Materialien der Stadtverwaltung Düsseldorf auf geschlechtergerechte Formen des Genders (insbesondere Gendersternchen, Doppelpunkt, Unterstrich, Binnen-I oder Sprechpausen) zu verzichten. Stattdessen sollen ausschließlich orthografisch korrekte, lesbare und allgemein akzeptierte Formen wie Doppelnennungen („Bürgerinnen und Bürger“) oder neutrale Begriffe („Lehrkräfte“, „Beschäftigte“) verwendet werden.

Begründung:

Repräsentative Umfragen belegen mittlerweile, dass sich 80% der Deutschen mit einer klaren Mehrheit gegen eine Gendersprache aussprechen und geschlechtergerechte Formulierungen ablehnen (Civey/t-online, 2023¹).

¹ https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/id_100297052/gendern-80-prozent-der-deutschen-lehnen-es-ab-exklusive-t-online-umfrage.html

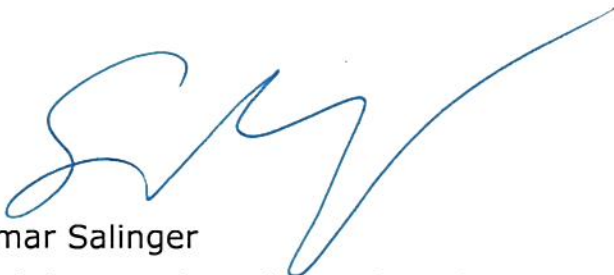
65 % der Wahlberechtigten sprechen sich gegen Binnen-I oder nicht-differenzierende Formen aus – ein Anstieg um 9 Prozentpunkte seit 2020 (Infratest dimap, 2023).² Nur 11 % der Deutschen gendern regelmäßig, 77–82 % tun es selten oder nie (Infas/ZEIT, 2024).³

Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) rät ausdrücklich vom Gendersternchen ab, da es grammatikalisch falsch, lesebehindernd und nicht einheitlich ist. Der Rat für deutsche Rechtschreibung (2018) sieht in geschlechtergerechter Schreibung eine „Herausforderung ohne Lösung“. Der Verein Deutsche Sprache (VDS) kritisiert Gendern als künstliches Diktat, das gegen die Regeln der deutschen Rechtschreibung verstößt und die Gesellschaft spaltet.

Zudem erschwert Gendern die Lesbarkeit, insbesondere für Menschen mit Lese- oder Sprachschwierigkeiten, Sehbehinderte und Nicht-Muttersprachler. Es führt zu Uneinheitlichkeit in der Verwaltungssprache und erhöht den Korrekturaufwand.

Die Stadt Düsseldorf hat keine gesetzliche Pflicht zum Gendern – es handelt sich um eine freiwillige ideologische Praxis. Der vorliegende Antrag vertieft und aktualisiert die Forderung der AfD-Fraktion von 2024 mit neuen Umfragedaten und wissenschaftlicher Fundierung.

Mit freundlichen Grüßen



Elmar Salinger
Fraktionsvorsitzender und Ratsherr
für die AfD-Ratsfraktion

Dr. med. Uwe Bresztowszky
Ratsherr

² <https://www.merkur.de/politik/wdr-politik-deutschland-gendern-gendersternchen-gendergap-schoenenborn-verzichten-umfrage-ergebnis-92074604.html>

³ <https://www.zeit.de/2024/49/gendern-sprache-bayern-behoerden-umfrage>
